



**Erklärung der Delegation der Bundesrepublik Deutschland
in der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz der OSZE, Arbeitssitzung III
Wien, 15. Juni 2010**

Der Korfu-Prozess bietet einen geeigneten und von den OSZE-Teilnehmerstaaten legitimierten Rahmen, um den Wert und die Ziele konventioneller Rüstungskontrolle einschließlich vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen in Europa auf einer strategischen Ebene und in einem informellen und offenen Austausch zu reflektieren und zu bekräftigen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist der Überzeugung, dass konventionelle Rüstungskontrolle einschließlich vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen für eine kooperative Sicherheitsarchitektur in Europa auch künftig unersetzbar bleiben.

Dabei sind auf Information und Verifikation basierende vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen wesentliche Elemente einer umfassenden europäischen Sicherheitsarchitektur, die durch Kooperation, militärische Berechenbarkeit und Verifikation geprägt ist. Aus diesem System kooperativer Sicherheitsstrukturen hat sich eine Kultur der Konfliktvermeidung und Konfliktverhütung entwickelt.

Im Mittelpunkt der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen steht dabei das Wiener Dokument 1999. Die teilnehmenden Staaten legen durch umfassenden Informationsaustausch und Vorort-Überprüfungen ihre militärischen Fähigkeiten offen und machen deutlich, dass sie voreinander nichts zu verbergen haben. Dies schafft Transparenz und Vertrauen, reduziert damit gegenseitiges Misstrauen.

Die Tatsache, dass es seit dem ersten Wiener Dokument 1990 in den 90-Jahren drei neue Dokumente (1992, 1994 und 1999) gab, zeigt eindrucksvoll, wie flexibel mit diesem Instrument der vertrauens - und sicherheitsbildenden Maßnahmen auf sich wandelnde Bedingungen in Europa reagiert werden kann, wenn der nötige politische Wille vorhanden ist.

Der OSZE Ministerrat in Athen am 01./02. Dezember 2009 hat in seinem FSK-Beschluss 16/09 ein Mandat zur Stärkung des Wiener Dokuments erteilt. Wir sollten jetzt alle gemeinsam in Umsetzung dieses Mandats aktiv und entschlossen an der Modernisierung des Wiener Dokuments 1999 weiterarbeiten und das erreichte Momentum nicht verstreichen lassen. Wir haben die von vielen Teilnehmerstaaten aktiv unterstützte Initiative Dänemarks zur prozeduralen Einarbeitung von Vorschlägen in das Wiener Dokument auf den Weg gebracht. Weitere Vorschläge zur behutsamen Weiterentwicklung des Wiener Dokuments liegen auf dem Tisch und bedürfen der eingehenden Diskussion, die wir in den nächsten Wochen und Monaten engagiert führen sollten.